

Dobropole 15 Kilometer nordöstlich Buczacz zum Angriff vorgehen. Durch unser Feuer wurde er beide Male abgeschlagen. Dort und in der Gegend nordöstlich von Gernowitz wurde der Feind gezwungen, Teile seiner Kräfte zu räumen, die wir besetzten. — Schwärzes Meer: Unsere Jäger zerstörten ein feindliches U-Boot, das an der anatolischen Küste Havarie erlitten hatte. Die Besatzung verlor sich, nachdem noch zwei Seile, die Kohlen geladen hatten. — Mautkastell: Am Tag des Aufmarsches wurde eine feindliche Abteilung, die Stellung anlegte, durch Feuer zerstört. In der Gegend von Ardisch bei Schafarouk hatten wir Zusammenstöße mit harten feindlichen Streitkräften.

Gegen Wucher und Vorkriegsrechnung?

Die Times melden aus Petersburg: Die Regierung will nun ernstlich daran gehen, Wucher und Wucher anzukämpfen, die für die beispiellose Teuerung vor allem verantwortlich sind. Man verfährt in allen Lebensmitteln, die wie Vorkriegswaren auf dem Markt zu finden sind, die Preise werden durch die Regierung festgesetzt. Einmal der größten Wucherer in Moskau, ein Wucherer in Petersburg und zwei Mitglieder der Zentralverwaltung in Kiew, die einen Ring für Zucker und andere Lebensmittel gebildet hatten, wurden verhaftet. Umfangreiche weitere Verhaftungen werden erwartet. Wucherer, die Wucherer werden, werden künftig vor dem Militärgericht abgeurteilt werden. Doch die russische Regierung bei ihrem Vorgehen einen Erfolg erzielen wird, erscheint uns nicht als zweifelhaft, selbst wenn sie nicht die ernstlichen Willen haben würde, gegen Wucher und Vorkriegsrechnung vorzugehen. Denn wird sich jedenfalls die in Petersburg noch seit jeder herrschende Korruption nicht ausbreiten lassen.

Französische Kriegsreden.

Paris, 13. Januar. Bei Übernahme der Präsidentschaft im Senat sagte Du Bois: Wenn es keine Ausdrücke gibt, um dem Volke in wörtlicher Weise für das vollkommene Opfer zu danken, das die Hunderte jemals auf dem Altar des Vaterlandes dargebracht haben, so gibt es auch keine Ausdrücke, um diejenigen zu gelobt, die in die Arme des Landes das Gift des Feindes einfließen ließen. Wenn solche Stimmen je aufstehen sollten, so möge der Feind wissen, daß sie im Voraus von Frankreich verurteilt werden, das nicht den Frieden, sondern den Krieg erwartet. (Allseitiger Beifall.) Paris, 13. Januar. Deschanel, der zum Präsidenten der Kammer wiedergewählt worden ist, hielt bei Eröffnung der Sitzung eine Rede, in der er sagte: Unser Soldat weicht ebenso wie unsere tapferen Verbündeten, daß der Friede, von dem füglich der Reichsführer im Deutschen Reichstage sprach, das Signal zu einem unaufhörlich wieder aufblühenden Kriege sein würde, in dem die kommenden Geschlechter ebenso ihr Blut vergießen müßten. Deschanel erinnerte an das Wort Napoleons: „Der Säbel wird von der Hand besiegelt“ und versicherte, die Strafe sei ebenso vergänglich wie die Materie, aber die Gerechtigkeit sei unsterblich wie der französische Genius.

Sozialpolitische Debatten im Reichstag.

Die Freitagssitzung des Reichstages begann mit der Beantwortung einer Anfrage Wassermanns über die Verhaftung des deutschen Konsuls in Saloniki. Aus der Antwort ist hervorzuheben, was bisher unbekannt war, daß die deutsche Regierung in ihrem Protest Griechenland für die Sicherheit der verhafteten Konsuln verantwortlich gemacht hat. Auf die Anfrage Dr. Müller-Weinings erklärte die Regierung, daß die Verhaftung der Post für unsere in Frankreich gefangenen Landsleute größtenteils auf Willkür zurückzuführen ist, gegen die nötigenfalls energische Maßnahmen angekündigt wurden. — Die Debatte über die Ernährungsfragen dauerte noch ein paar Stunden, es ist jedoch aus ihr nur hervorzuheben, daß Unterstaatssekretär Michaelis ausdrücklich feststellte, von einer allgemeinen Mangelnot in Deutschland könne keine Rede sein, und daß Abg. Fischer nach einem Nachhaken, wie auch die Konterpartien mit der Schweineabschlachtung seinerzeit ganz einverstanden waren. Jetzt wollen sie es bekanntlich nicht gewesen sein. — Bei der Besprechung wurden alle Resolutionen unter Ablehnung verwerflicher sozialdemokratischer Zusatzanträge angenommen. Gegen das Verlangen nach Festsetzung von Jutehöchstpreisen stimmten die Konterpartien, auch ein sozialdemokratischer Antrag auf Beschlagnahme des für die Gemeinden unbedingt notwendigen Schlachtlebns wurde angenommen. Die folgende Beratung der sozialpolitischen Resolutionen brachte einige interessante Momente. Genosse Koffe und Dr. Müller-Weinings traten in eingehender Rede für den Ausbau des Mutter- und Kinderschutzes ein, für die Gewährung von Vorkurszuschüssen an Väter, die der Krieg zu Invaliden macht, und er warnte entschieden davor, bei der künftigen Gesetzgebung zur sozialen Fürsorge für die Opfer des Krieges die Gefahr der zu Unterliegenden zu gering anzunehmen, welchen Fehler man in der sozialen Gesetzgebung leider öfter gemacht hat. Nach einigen, den Interessen der Handwerker, Kleinrentner und Gewerbetreibenden gewidmeten Reden von Liberalen und Zentrumsgenossen besprach Genosse Brandes das gewaltige Zunehmen der Frauenarbeit im Kriege. Selbst in der schwersten Eisenindustrie leisten heute Frauen anstrengendste körperliche Arbeit. Brandes mahnte auch dazu, die Arbeitsvermittlung beizubehalten für die großen Aufgaben bereit zu machen, die ihr sofort nach dem Kriege drohen werden. Ministerialdirektor Caspar erkannte im Namen des Staatssekretärs Debraud die Bedenken gegen die Ausdehnung der Frauenarbeit und die Verminderung des gesetzlichen Schutzes der Frauenarbeit als sehr beachtenswert an. Er sagte, daß für die Frauen in der Schwerindustrie statt der üblichen 12-Stunden-Schicht die 8-Stunden-Schicht vorgeschlagen sei; da dies aber das Zusammenarbeiten gestört habe, so sei auch für Frauen die 12-Stunden-Schicht zugelassen worden. Leider äußerte sich der Vertreter des Staatssekretärs nicht über die naheliegende Frage, warum man denn dann nicht lieber auch für die männlichen Arbeiter die 8-Stunden-Schicht festgesetzt hat. Der nationalliberale Abg. Dr. Stresemann, von Beruf bekanntlich Syndikus des sächsischen Industriellenverbandes, schützte in der entscheidenden Weise die Deutsche Arbeitgeberzeitung ab, die Verhandlungen von Industriellen mit Gewerkschaftsbeamten als unmöglich erklärt hatte. Auch für die bekannte gegen mehr Lohn fordernde Arbeiter angewandte Drohung mit dem Schützengraben, erklärte Stresemann sein Verständnis zu haben. Auch Genosse Hoch besprach die sozialpolitischen Rotenbewegungen der Gegenwart, Herr Schirmer von Zentrum besprach, wozu Genosse Stadthagen dafür eintrat, endlich die Sicherung der Hinterbliebenen gegen

Heraussetzung aus ihren Wohnungen durch hartherzige Hausagratier zu schaffen, die in der Tat feindverhätlich sein mußte.

Es gab dann noch eine Debatte zwischen dem Konfessionslosen Kretsch und liberalen Abgeordneten über die Frage, ob die Entschädigungen Preussens mehr eine preussische oder eine Reichssache seien. Herr Kretsch befürwortet fernerdarüber eine Beeinträchtigung der Arbeitsfreudigkeit der preussischen Beamten, wenn das Reich diese Angelegenheit regelt. In Wirklichkeit hat ja in der Tat das Reich den Wiederaufbau Preussens zu bezahlen, und was Preussen jetzt dafür tut, geschieht nur vorübergehend.

Antrag auf Erhöhung der Pöhmung. Unsere Genossen Franzosen im Reichstag, den Herrn Reichstagspräsidenten zu erlauben, die Kriegs-Verordnungsdienstordnung dahin abzuändern: a) für alle in Feindesland stehenden Mannschaften mit Wirkung vom 1. Dezember 1915 die Pöhmung auf 80 Pf. pro Tag, b) für alle im Inlande befindlichen Mannschaften mit gleicher Wirkung auf 50 Pf. pro Tag festzusetzen, c) die bisher bezahlten Zulagen sollen den Mannschaften auch weiterhin gewährt werden.

Der Notenwechsel über den Baralong-Fall.

Auf die feinerzeit veröffentlichte Denkschrift der deutschen Regierung über die Ermordung der Besatzung eines deutschen Unterseebootes durch den Kommandanten des britischen Hilfskreuzers Baralong hat die britische Regierung eine Antwort erteilt, die zu Verhandlungen in Berlin eintrat. Der genaue Wortlaut dieser Antwort wird nun von der deutschen Regierung zusammen mit einer deutschen Gegennote veröffentlicht. Was bisher über die englische Antwort bekannt war, wird durch den genauen Wortlaut nicht irritiert. Die englische Regierung hat die Baralongmörder nicht von ihren Hochsitzern abgehandelt, wie man von Rechts wegen erwarten durfte, sie hat sich sogar bis zu einem gewissen Grade mit ihnen solidarisch erklärt und ruft den Fall zu einem diplomatischen Agitationsmittel aus. Jedenfalls wird dem juristischen Recht, das in England in besonders hohem Maße fester ist, nicht Geltung verschafft. Daran ändert auch der Umstand nichts, daß Sir Edward Grey versucht, gegen den englischen Nord drei deutsche angebliche Schandtatzen auf die andere Seite der Waagschale zu werfen. Beim Baralong liegen aber bestimmtere Auslagen vor, während die angeblichen deutschen Schandtatzen die jetzt nur beneidliche Behauptungen sind. Auf die englische Note antwortet nun die deutsche Regierung unterm 12. Januar. Im Auszuge lautet die Erwiderung wie folgt:

Die britische Regierung hat die deutsche Denkschrift über den Baralong-Fall dahin beantwortet, daß sie einerseits die Richtigkeit der ihr von der deutschen Regierung mitgeteilten Tatsachen in Zweifel stellt, andererseits gegen die deutschen Streitkräfte zu Lande und zu Wasser den Vorwurf erhebt, vorzüglich ungesetzliche Verbrechen wider das Völkerrecht und die Menschlichkeit begangen zu haben, die keine Erlöse erfahren hätten und denen gegenüber die angebliche Straftat des Kommandanten und der Mannschaften der Baralong völlig zurücktrete. Für diesen Vorwurf hat die britische Regierung keinerlei Beweise beigebracht, sondern sich darauf beschränkt, ohne Mitteilung irgendwelcher Belege drei im Zeitverlauf vorgenommene Einzelfälle anzuführen, wo deutsche Offiziere völkerrrechtswidrige Grausamkeiten verübt haben sollen. Die britische Regierung schlägt vor, diese Fälle durch einen aus amerikanischen Marineoffizieren bestehenden Gerichtshof untersuchen zu lassen, und ist unter dieser Voraussetzung bereit, dem bezeichneten Gerichtshof auch den Baralong-Fall zu unterbreiten.

Die deutsche Regierung legt die schärfste Verwahrung ein gegen die unerbörten und durch nichts erwiesenen Anschuldigungen der britischen Regierung gegen die deutsche Armee und die deutsche Marine sowie gegen die Unterstellung, als ob die deutschen Behörden etwaige zu ihrer Kenntnis gelangende Straftaten solcher Art unverfolgt läßen.

Auch die drei von der britischen Regierung aufgeführten Fälle sind feinerzeit durch die zuständigen deutschen Behörden einer eingehenden Untersuchung unterzogen worden. Dabei hat sich zunächst in dem Falle der Versenkung des britischen Dampfers Acadie durch ein deutsches Unterseeboot ergeben, daß der Kommandant des Unterseebootes nach Lage der Umstände die Heberzeugung gewonnen mußte, der Dampfer sei im Begriff, sein Vorkurs zu gewinnen; er glaubte daher in berechtigter Notwehr zu handeln, als er feinerzeit zum Angriff auf das Schiff überging. Der weitere angeführte Fall des Angriffs eines deutschen Torpedobootzerstörers auf ein britisches Unterseeboot in den dänischen Hoheitsgewässern hat sich in der Weise abgehandelt, daß es in diesen Gewässern zwischen den beiden Kriegsschiffen zum Kampfe gekommen ist und daß sich dabei das Unterseeboot durch Geschützfeuer gewehrt hat; daß bei dem deutschen Angriff die dänische Neutralität verletzt worden ist, wird von der britischen Regierung um so weniger geltend gemacht werden können, als die britischen Seestreitkräfte in einer Reihe von Fällen deutsche Schiffe in neutralen Gewässern angegriffen haben. In dem Falle der Versenkung des britischen Dampfers Ariel endlich hat das deutsche Unterseeboot lediglich die von der deutschen Regierung im Februar 1915 angeführten Verletzungsmomente zur Anwendung gebracht; diese Maßnahmen entsprechen dem Völkerrecht, da England bemerkt ist, durch die völkerrrechtswidrige Rahmung des legitimen Seehandels der Neutralen mit Deutschland diesen jede Zufuhr abzuschneiden und damit das deutsche Volk der Nahrungsmittel- und Rohstoffmangel preisgeben, gegenüber völkerrrechtswidrigen Handlungen aber angemessene Vergeltung zu leisten. In allen drei Fällen hatten es die deutschen Seestreitkräfte nur auf die Befreiung der feindlichen Schiffe, keineswegs aber auf die Vernichtung der sich rettenden mehrfachen Personen abgesehen; die entgegenstehenden Behauptungen der britischen Regierung müssen mit aller Entschiedenheit als unrichtig zurückgewiesen werden.

Das Annehmen der britischen Regierung, die erwähnten drei Fälle gemeinsam mit dem Baralong-Fall durch einen aus amerikanischen Marineoffizieren bestehenden Gerichtshof untersuchen zu lassen, glaubt die deutsche Regierung als unannehmbar abzulehnen zu sollen. Sie sieht auf dem Standpunkt, daß die gegen Angehörige der deutschen Seestreitkräfte erhobenen Beschuldigungen von den eigenen zuständigen Behörden untersucht werden müssen, und daß diese jede Gewähr für eine unparteiische Beurteilung und gegebenenfalls auch für eine gerechte Verurteilung bieten. Die Art, wie die britische Regierung die deutsche Seestreitkräfte behandelt hat, entspricht nach Form und Inhalt nicht dem Geist der Seelage und macht es der deutschen Regierung unmöglich, weiter mit ihr in dieser Angelegenheit zu verhandeln. Die deutsche Regierung stellt daher als Endergebnis der Verhandlungen fest, daß die britische Regierung das berechtigete Verlangen auf Untersuchung des Baralong-Falles unter richtigen Vorzeichen unerfüllt gelassen und sich damit für das dem Völkerrecht wie der Menschlichkeit hochgradigste Verbrechen selbst verantwortlich gemacht hat.

Rechnen die britische Regierung eine Sühnung des empörenden Verfalls abzulehnen hat, sieht sich die deutsche Regierung ernstlich, die Abwendung des ungeklärten Verbrechens selbst in die Hand zu nehmen und die der Verantwortung entsprechenden Verfolgungsmaßnahmen zu treffen.

Die Bergarbeiter und die Dienstpflicht.

London, 14. Januar. Daily Telegraph meldet: Bei den Abstimmungen der Bergarbeiterverbände über die Dienstpflichtvorlage ergaben sich 720 000 Ja- und 40 000 Nein-Stimmen dafür. Der ausführende Ausschuss beschloß demgemäß, der heute zusammen tretenden Nationalkonferenz der Bergleute eine Entschädigung vorzulegen, die den schärfsten Widerstand gegen die Bill und gegen jede Form eines Zwangsmaßes aufstößt. Die in London abgehaltene Versammlung des allgemeinen Bergarbeiterverbandes beschloß einstimmig, die Dienstpflichtvorlage zu bekämpfen, aber nichts zu unternehmen, ehe die Bill Selig geworden ist.

Ein Ausschuss für fröhliche Fortsetzung des Krieges.

Amsterdam, 14. Januar. Das holländische Kriegs-Bureau gibt folgende Meldung bekannt: Aus London wird berichtet, liberale Parlamentsmitglieder folgten dem Beispiel der Unionisten und bildeten ebenfalls einen Ausschuss zur fröhlichen Fortsetzung des Krieges.

Huysmans über die Internationale.

Der Sekretär der sozialistischen Internationale, der Genosse Camille Huysmans, hielt auf dem außerordentlichen Parteitag der holländischen Sozialdemokraten eine bemerkenswerte Rede, die wir, nach einer Wiedergabe der Zusammenfassung, folgendes entnehmen:

In der letzten Zeit wurde uns oft vorgebracht, die Internationale sei tot, und der Genosse Huysmans hat es an verschiedenen Stellen öffentlich gesagt. Auch in Versammlungen hat er seine Überzeugung geäußert, und in Holland, wo man ruhiger denkt, wurde ebenfalls geäußert, die Internationale sei tot. Aber sie ist nicht tot, wie sie fälschlich, ebenbürtig wie ein Tiger, der nicht spricht. Die Internationale hat ihre Pläne gesetzt, aber bis jetzt habe sie die Macht nicht, den Krieg beizubringen zu können, und man möchte, daß sie die Macht nicht haben könnte. Als der letzte Krieg drohte und am 23. Juni 1914 das österreichische Ultimatum überreicht wurde, beschloß der Ausschuss der europäischen Arbeiterparteien, sich mit Ja zu sagen, es war davon abgesehen worden. Am 20. Juli wurde einmütig beschlossen, das Bureau einzuberufen, und am 29. Juli wurde der Bescheid gefällt, die Aktion gegen den Krieg zu beenden und die Heberzeugung des selbstbestimmten Sozialisten auf ein Ende zu bringen. Gleichzeitlich teilte die Abgeordneten Deutschlands und Frankreichs zurück dem Auftrag, in Berlin darauf zu dringen, daß sich die österreichische Regierung in ihren Forderungen mögliche, und in Paris wiederum darauf zu dringen, daß England nicht an dem Standstill verharre. Die englischen und holländischen Mitglieder erhielten den Auftrag, in Rom und London ihr Bestes zu tun, um diese Aktion zu unterstützen. Am Abend desselben Tages fand in Brüssel die bekannte große internationale Versammlung statt, aus der übrigens auch die deutsche Partei nicht ausgeschlossen wurde. Am Nachmittag des 31. Juli erteilt Huysmans ein Telegramm aus Berlin, wonach sich Müller im Namen der Parteiverammlung mit Huysmans zu beraten wünschte. Am 11. August 1914 wurde Huysmans als Vertreter der Parteiverammlung mitgenommen. Es wurde eine Versammlung der französischen Parteigenossen abgehalten. Die französischen Parteigenossen erklärten, daß sie in Brüssel, daß Frankreich angegriffen werde, sie die Kriegserklärung annehmen würden. Huysmans' persönliche Meinung war, daß sich im Augenblick die deutsche Partei der Zustimmung enthalten sollte. Er fügte, so sagte er, sehr die schwerste Lage der Deutschen, die auch später durch Vorkämpfer anerkannt wurde. Nach seiner Auffassung mußte der russische Gefahr Rechnung getragen werden, nach der gewaltigen Propaganda, die die deutschen Sozialisten gegen das russische Regime geführt hatten.

Huysmans sagt weiter: Am 11. August wurde in Brüssel eine Versammlung der Parteigenossen abgehalten, die über die Frage der Unterstützung des Krieges abhandelte. Huysmans wurde trotz seines hartnäckigen Widerstandes überstimmt, verurteilt und von der ganzen Welt abgelehnt. Das ist für einen Sozialisten nicht immer angenehm, wenn er nicht erst selbst zu werden. Ich sag es jedoch als meine Pflicht an, wenn man über mein Herz und meine Gefühle zu reden und, bedauere es nicht, als internationaler Sekretär aller angeschlossenen Parteien der ganzen Welt gewählt worden zu sein. Die belgische Delegation mußte nicht auch das Datum auf sich nehmen, von dem Vertrauen entgegen zu werden, und nicht zweimal getroffen werden, einmal als Belgier und ein zweites Mal als Sozialdemokrat. Dieser Wunsch, die Gefühle in der Hand zu behalten, wurde dann den verschiedenen Ländern unterbreitet, und der Vorschlag wurde von allen Parteien gutgeheißen, mit Ausnahme Frankreichs, das sich der Zustimmung verweigerte, da Frankreich der Auffassung war, daß die Gefühle zu zu bleiben habe, wie sie gewesen sei, nämlich in Brüssel. Trotz allem möglichen Stillsitzen aber dieses das Bureau jetzt im Haag. Wie man weiß, versammelten sich die neutralen Sozialisten in Kopenhagen am 17. und 18. Januar, der Wiener Bund in Brüssel und die Zentralkomitee in Wien am 20. April 1915. Es wurden dann Beschlüsse gefaßt, die sicher nicht in allen Punkten miteinander übereinstimmen, aber in Kopenhagen sowohl wie in London und Wien haben die Sozialdemokraten ausgesprochen, daß alle Mannschaften das Recht haben sollten, über sich selbst zu bestimmen. In Kopenhagen, London und Wien wurde ferner ein Vorschlag allgemeiner Abklärung gutgeheißen, in den drei Städten forderten diese Sozialdemokraten die Demokratisierung der Diplomatie und die Ausbildung der parlamentarischen Kontrolle. Ferner haben sie sich in den drei Städten als Anhänger des obligatorischen Wehrdienstes für alle Stände bekannt.

Am 11. August wurde ein praktischer Bescheid zu fassen, wurde vorgeschlagen und auch durch die Gefühle gutgeheißen, daß die verschiedenen Delegationen einzeln nach dem Haag kommen sollten. Der Vorschlag ließ jedoch auf den Widerstand zweier Parteien, Belgien und die Schweiz, und legte seinen Standpunkt dar, Deutschland kam zuerst offiziell, dann offiziell, Frankreich antwortete, daß die Entsendung einer Delegation nach dem Haag als eine indirekte Unterhandlung mit Deutschland angesehen würde. Die Engländer waren ausnahmslos bereit, zu kommen, die Vermittlung Londoner zum Schlichter verpflichtete jedoch die englische Delegation, die kommen zu verweigern. Am 11. August wurde eine Konferenz in London, die auch vorbereitet war. Wenn man aber die Entscheidungen und Resolutionen vom August 1914 mit denen der letzten Tage vergleicht, dann scheint es doch so, als ob dem sozialdemokratischen Standpunkt auf beträchtliche Annäherung festgehalten habe. Huysmans sagt, es liege in der Macht des deutschen Sozialismus, den Feind zum zu zwingen, in dem die internationale Sozialdemokratie ihre Arbeit wieder aufnehmen kann. Aber um die Differenz in der Haltung der deutschen und französischen Sozialisten zu beseitigen, ist es nötig, sich die Verschleppung der Verhandlungen vor Augen zu führen. Deutschland kann den Frieden wünschen, denn es besitzt ein tiefes Friedensbedürfnis, doch gegen den Frieden zu kämpfen, wenn es sicher ist, nicht als belagerte Stellung behandelt zu werden. Betrachtet man jedoch die verschiedenen Resolutionen, so fällt man, daß die größte Schwierigkeit durch das Problem einer Lösung der Frage und einer Annäherung bleibt offen, und wenn wir die Resolutionen der französischen sozialistischen Partei mit den Resolutionen der deutschen sogenannten sozialistischen Partei vergleichen, dann zeigt sich die Möglichkeit einer Verständigung.